

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volksrecht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und in der Expedition, Neue Wapenstraße 8/9, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungliste Nr. 7748.

Abbestellungsgebühr beträgt für die regelmäßige Postzeitung oder deren Ersatz 10 Pfennige. Inhaber für die nächste Nummer müssen bis zum 10. Tage in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 141.

Montag, den 20. Juni 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Parteigenossen!

Der 16. Juni war ein Ehrentag für die Partei, welcher Jahre lange Arbeit belohnte.

Jetzt handelt es sich darum, soweit unsere Candidaten in engerer Wahl stehen, alles aufzubieten, um ihnen zum Siege zu verhelfen. Insbesondere ist es Pflicht der Genossen derjenigen Wahlkreise, für welche die Wahlthätigkeit durch den Ausgang der Wahl am 16. Juni zu Ende ist, ihre Kräfte und finanziellen Mittel den in engerer Wahl stehenden Genossen zur Verfügung zu stellen.

Die wenigen Tage bis zu den Wahlen müssen unsere Ausbrenner aller Kräfte im Interesse unserer Sache ausgereizt werden. Der Werk vom 16. Juni muß durch einen günstigen Ausfall der engeren Wahlen einen unserer Partei würdigen Abschluß finden.

Die Genossen derjenigen Wahlkreise, in denen engere Wahlen zwischen den Candidaten gegnerischer Parteien stattfinden, bei welchen wir die Entscheidung in der Hand haben, dürfen, gemäß den Beschlüssen des Hamburger Parteitages nur dann einem gegnerischen Candidaten ihre Stimmen zuwenden, wenn derselbe sich bereit erklärt, für folgende Punkte im Reichstage einzutreten:

- Für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimes Wahlrechts in seinem jetzigen Bestand, es sei denn, daß es sich um Anträge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt.
- Für Aufrechterhaltung des Budgetrechts des Reichstags. (Kein Septennat, Dninquennat.)
- Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Coalitionsrechts durch Reichsgesetz.
- Gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bevorstehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen und Verbrechen handelt.
- Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Preßgesetzgebung.
- Gegen Vermehrung des stehenden Heeres oder der Marine.
- Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirecter Steuern und Zölle auf notwendige Lebens- oder Genussmittel (Bier, Tabak etc.)
- Gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiterschutz- oder Arbeiterversicherungsgesetzen oder Verordnungen, außer es handle sich um ihre Verbesserungen.

Weigerlich ein Candidat, diese Verpflichtungen zu übernehmen, so haben die Parteigenossen unter allen Umständen strikte Stimmenthaltung zu üben.

Wir bitten die Genossen, welche auf Grund des vorstehenden Parteitags-Beschlusses Abmachungen mit Gegnern für die engeren Wahlen treffen, uns davon zu unterrichten, damit die nötige Kontrolle geübt werden kann.

Parteigenossen! Noch einmal auf zum Kampf gegen die Volksfeinde, die Euch Eure Rechte nehmen wollen; gegen die Brotwucherer und Lebensmittelvertheurer, die auf Kosten des arbeitenden Volkes ihre Taschen füllen.

Nieder mit den Junkern und Junkerengenossen!

Nieder mit der Reaction!

Berlin, den 18. Juni 1898.

Das Central-Wahlcomitee der socialdemokratischen Partei.
J. Auer. A. Bebel. A. Gerich. W. Pfannkuch.
Paul Singer.

Zu den Stichwahlen!

Die Reactionäre aller Grade bemühen sich eifrig, der bürgerlichen Opposition nahe zu legen, daß es Pflicht aller bürgerlichen Parteien sei, in den Stichwahlen geschlossen gegen die die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung erschütternde Socialdemokratie einzutreten. Die Wahlrechtsfeinde und Volksausbeuter hoffen auf diesem Wege noch zu dem Erfolge zu kommen, den ihnen die Hauptwahl am 16. Juni versagt hat. Und sie calculiren ja auch nicht schlecht. In etwa sechzig Wahlkreisen steht die Reaction in Stichwahl mit der Socialdemokratie und fast überall giebt die bürgerliche Opposition den Ausschlag für oder gegen die Sammelpolitiker. Selbige es nun diesen, den Freisinn für die erstrebte „Sammlung“ aller „staatsverhaltenden“ Elemente zu gewinnen, so gewinnt die Reaction damit die ersehnte Mehrheit im Reichstage und hat die Bahn frei für die Verwirklichung ihrer volksfeindlichen Pläne.

Die Sache ist also von gewaltiger Wichtigkeit für das gesammte deutsche Volk. Wie wird sich das Bürgerthum, soweit es oppositionell gesinnt und politisch in den freisinnigen Parteien organisiert ist, zu den Verlockungen der Reaction verhalten? Um den Freisinn kirre zu machen, verspricht man natürlich überall dort, wo der Freisinn in Stichwahl steht mit Socialdemokraten, dem ersteren die conservativen u. Stimmungen zuzuführen, obwohl das die Freisinnigen durch ihr bisheriges Verhalten den Conservativen sehr schwer gemacht hätten. Diese Selbstverleugnung! Um der Reaction 50—60 neue Mandate zu gewinnen, opfern die Conservativen und Nationalliberalen sich auf, indem sie in 10—12 Wahlkreisen den Freisinnigen zum Siege über die Socialdemokraten verhelfen und damit an die Stelle unerschütterlicher Oppositionaleute solche von besonders bei militärischen Forderungen u. schwankender Haltung setzen. Sollte der Freisinn nun in der That so sehr alles das vergessen, was er im Wahlkampfe mit Recht als das Wichtigste, das Erste bezeichnete, den Kampf gegen Junkerthum und Reaction? Sollte er, um einiger lumpiger Mandate willen, diesen denkbar argsten Volksverrath üben und seinem Tobfeinde die ersehnte Mehrheit im Reichstage verschaffen helfen?

Leider kann diese Frage nicht mit aller Entschiedenheit verneint werden. Ein Theil der Presse der freisinnigen Vereinigung, allen voran das „Berliner Tageblatt“, dann die „Krieger Zeitung“, scheint starke Neigung zu haben, auf diesen schimpflichen Kuhhandel mit der Reaction einzugehen. Andere Blätter des Freisinns haben sich allerdings, zum Theil in sehr entschiedener Weise, gegen das häßliche Geschäftchen erklärt und verlangen, daß in erster Linie maßgebend sein müsse auch bei den Stichwahlen der Kampf gegen die Reaction und daß kein freisinniger Mann für einen Anhänger des Buches der Leibarbeits, für einen Feind des Wahlrechts, des Coalitionsrechts und der Freizügigkeit stimmen könne. In diesem Sinne sprachen sich zunächst einige freisinnig-demokratische Blätter Berlins, wie die „Volkszeitung“ und die „Berliner Zeitung“ aus. Die „Voss. Ztg.“, ein Organ der freisinnigen Vereinigung, schreibt:

„Wir denken von dem Liberalismus“... „hoch, als daß wir um einiger Mandate willen auch nur um einen Schritt von dem Boden abwichen, auf dem wir bisher gestanden haben. Ob die freisinnige Partei ein Paar Mandate im neuen Reichstage mehr oder weniger hat, ist für den Liberalismus und für die Partei von geringerer Bedeutung als die Wahrung ihrer Würde, die ihr verbleibt, um die „Unterstützung aller reactionären Elemente“ zu „winzeln“ oder zu betteln. Wenn und wo die Conser-

vativen nach der nächsternsten Lehre von den zwei Uebeln für den freisinnigen Candidaten stimmen, thun sie es nicht auf Bitten und nicht im Interesse des Freisinns, sondern lediglich im eigenen Interesse oder im öffentlichen Interesse, um das weitere Wachstum der Socialdemokratie zu verhindern.

Wie sie ihr Verhalten einrichten, können wir also mindestens so gelassen abwarten wie unsere Gegner. Wir wollen nicht einmal verhehlen, daß an eine allgemeine Forderung der Gegenseitigkeit um so weniger zu denken ist, als die freisinnigen Wähler in den verschiedenen Wahlkreisen sich schwerlich einer einheitlichen Parole fügen, sondern nach ihren eigenen Ansichten und nach den Verhältnissen ihres Wahlkreises handeln werden.“

Den Muth, sich gleich anderen Organen des Freisinns für unbedingte Unterstützung der Socialdemokratie im Kampfe gegen die Reaction auszusprechen, hat die „Voss. Ztg.“ offenbar nicht. Auch Eugen Richters „Freis. Ztg.“ drückt sich um eine offene Erklärung herum. Sie hält allerdings den Kampf lediglich gegen die Socialdemokratie für thöricht, da eine Cartellmehrheit im neuen Reichstage dadurch sehr leicht möglich werden könnte, sie will daher, ganz im Geiste Richters, den Kampf nach beiden Richtungen, nach rechts, wie nach links, eifrig fortsetzen.

Ganz entschieden für eine Unterstützung der Socialdemokratie bei deren Stichwahlen mit Reactionären erklären sich die freisinnigen Blätter Breslans, wie auch einige schlesische Provinzialblätter freisinniger Observanz. Ob diesen Freisinnigen des Freisinns die freisinnigen Wähler folgen werden, ist allerdings eine andere Frage, um so mehr, als die freisinnige Parteileitung offenbar nicht die geringste Neigung verspürt, durch eine Erklärung, etwa ähnlich der in dieser Nummer der „Volksrecht“ veröffentlichten Erklärung des socialdemokratischen Central-Wahlcomitees, Stellung zu dieser Frage zu nehmen, es vielmehr den Wählern in den einzelnen Kreisen ganz selbstständig überlassen will, sich nach der einen oder anderen Richtung hin zu entscheiden.

Mag dem nun sein, wie ihm wolle, unser Weg bei den Stichwahlen ist gegeben. Wie unbegründet der zu wiederholten Malen gegen die Socialdemokratie erhobene Vorwurf ist, daß sie ihre eigenen Interessen denen der Gesamtheit unterzuordnen nicht fähig sei, dafür legt der Aufruf unseres Parteivorstandes von Neuem einen Beweis ab. Egoistische Fraktionsinteressen sind uns fremd, wir wollen das Wohl der Allgemeinheit und darum in erster Linie eine Schwächung derjenigen, die durch den Militarismus und die Liebesgabenpolitik das Volk ausbeutern. Wir werden uns in dieser Haltung auch nicht dadurch irre machen lassen, daß etwa die Mittelparteien da, wo wir mit einem reactionären Candidaten in die Stichwahl kommen, für letzteren stimmen. Unsere Parole bleibt die alte: Kampf bis auf das Aeußerste gegen die Reaction. Und deshalb werden unsere Genossen, unter den im Aufruf unseres Centralcomitees gegebenen Bedingungen, überall für die Freisinnigen gegen die Junker und deren Bundesgenossen stimmen.

Deutschland in China!

Wir pachten wieder! Neue deutsche Erwerbungen in China werden wieder einmal in der englischen Presse angekündigt. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Futschou geschrieben, es sei eine baldige Bestätigung zu erwarten, daß Deutschland mittelst „Pachtung“ die Samsahbucht sowie die Mündung des Flusses Min, an dem der Vertragshafen Futschou liegt, erworben habe. Zwei deutsche Kanonenboote seien seit geraumer Zeit mit der Vermessung der Bucht beschäftigt. — Die Samsahbucht liegt südlich von dem Hafenplatz Funing, wo die Japaner längst

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. F. Kofa.

(In Buchform erschienen bei F. Schöndel & Co., Berlin.)

63)

Handred verboten.

Es schlug fünf Uhr. Von all' den Damen war nur noch Madame Marty mit ihrer Tochter da geblieben. Obwohl sie todmüde war, vermochte sie sich doch nicht loszureißen durch so starke Bande zurückgehalten, daß sie immer und immer wieder umkehrte und die einzelnen Abtheilungen durchstreifte. Die 60,000 Francs, die für Anzeigen in den Zeitungen veranschlagt worden, die 10,000 Plakate an den Straßenecken, die 200,000 Kataloge, die verbreitet worden, hatten die Börsen der Frauen geleert und sie in einen Zustand der Trunkenheit versetzt, und sie verweilten immer noch, angeleckt durch all' die verschiedenen Verführungskünste Mouret's, die Preisermäßigungen, das Rückgaberecht und die unaufhörlichen Galanterieen. Madame Marty hatte das belächelte und nervöse Gesicht eines Kindes, welches ungemüthlich Wein getrunken hat. Mit hellen Augen und von der frischen Luft auf der Straße gerötheten Wangen war sie eingetreten, und als sie endlich fortging, nachdem sie, starr ob der Höhe der Rechnung, erklärt hatte, sie werde Alles zu Hause bezahlen, da hatte sie entstellte Gesichtszüge und ihre Augen traten aus den Höhlen wie bei einer Kranken.

Als an diesem Abend Denise vom Diner kam, rief sie ein Labendurche an:

— Fräulein, man fragt nach Ihnen in der Direction. Sie hatte vergessen, daß Mouret sie am Morgen beauftragt hatte, nach Schluß des Verlaufs in sein Arbeitszimmer zu kommen. Er erwartete sie oben. Als sie eintrat, schloß sie die Thür nicht hinter sich, die halb geöffnet blieb.

— Wir sind mit Ihnen zufrieden, Fräulein, sagte er,

und wir möchten Ihnen unsere Anerkennung bezeugen... Sie wissen, auf welche unwürdige Weise Madame Frédéric uns verlassen hat. Von morgen an werden Sie ihre Stelle als zweite Vorsteherin einnehmen.

— Aber, Herr Mouret, stammelte sie mit zitternder Stimme, es sind ja in der Abtheilung Verkäuferinnen, die viel länger da sind als ich.

— Nun! Was macht das? erwiderte er. Sie sind die fähigste, die ernsteste. Ich habe deshalb Sie gewählt, das ist sehr natürlich... Sind Sie nicht zufrieden?

— Sie sind sehr gütig, Herr Mouret, stammelte sie. Ich weiß nicht, wie ich Ihnen meine Dankbarkeit ausdrücken soll.

Aber sie wurde unterbrochen. Im Rahmen der Thür erschien Thomme. Er hielt in seiner gesunden Hand einen großen Ledersack und mit dem verflümmelten Arm drückte er ein riesiges Portefeuille an die Brust, während hinter ihm sein Sohn Albert eine solche Ladung Geldsäcke trug, daß er fast zusammenbrach.

— Fünfhundert sieben und achtzigtausend zweihundert zehn Francs, dreißig Centimes! schrie der Kassirer, dessen Gesicht der Widerschein dieser Summen zu verklären schien.

Das war die Tageseinnahme, die größte, die das „Glück der Damen“ bisher erzielt hatte.

— Das ist ja prächtig! rief Mouret entzückt. Mein guter Thomme, setzen Sie Alles dorthin und ruhen Sie ein wenig aus, Sie sind ja ganz erschöpft. Ich werde das Geld nachher in die Hauptkasse bringen lassen... Ja, ja, Alles auf meinen Schreibtisch! Ich will mir den Sausen ansehen.

Er freute sich wie ein kleines Kind. Der Kassirer und sein Sohn luden ihre Last ab. Aus dem Ledersack brang heller Goldklang hervor, zwei Säcke waren geplagt, und aus ihnen rollte Silber und Kupfer auf den Tisch, während

aus dem Portefeuille die Ecken von Banknoten herausblühten. Der ganze Schreibtisch war damit bedeckt; es war wie der Erguß eines Reichthums, der in zehn Stunden zusammengefaßt worden.

Nachdem Thomme und Albert, die sich den Schweiß von der Stirn wischten, sich zurückgezogen hatten, stand Mouret einen Augenblick regungslos, in Gedanken verloren, die Blicke auf das Geld gerichtet. Plötzlich erhob er den Kopf und erblickte Denise, die sich zurückgezogen hatte. Da lächelte er, näherte sie sich zu treten, und erklärte, daß er ihr von dem Gelde soviel schenkte, als sie mit einer Hand erfassen könne.

— Greifen Sie zu! Hier in den Lederbeutel! Und ich wette, daß Sie weniger als tausend Francs greifen werden, Ihre Hand ist so klein.

Doch sie wich zurück. Er liebte sie also? Möglich wurde ihr das klar, sie fühlte die wachsende Flamme der Begierde, mit der er sie umgab, seitdem sie wieder in die Confections-Abtheilung eingetreten war. Was sie noch mehr erregte, das war, daß sie fühlte, wie ihr Herz pochte, als wollte es zerspringen. Deshalb verlegte er sie mit all' diesem Golde, während sie von Dankbarkeit überströmte und er sie mit einem einzigen freundlichen Wort gewinnen konnte. Er trat näher an sie heran, immer noch scherzend, als zu seinem großen Mißvergnügen Bourdencle erschien, unter dem Vorwand, ihm die Zahl der heutigen Besucher mitzutheilen, die die Verkaufszahl von 70,000 Käufern, die an diesem Tage das „Glück der Damen“ besuchten, hatten. Und sie beeilte sich, das Zimmer zu verlassen, nachdem sie Mouret nochmals gedankt hatte.

X

Am ersten Sonntag im August wurde Jovence gemacht, die bis zum Abend beendet sein mußte. Seit dem frühen

von China ein nur für sie vorbehaltenes Gebiet verlangt haben. Die Anwohner der Insel Formosa. Auch in dem nahen Jutschou wollen die Japaner nach den an das Jungliamen gestellten Forderungen Niederlassungen begründen. Von der Erwerbung der Samsfabucht durch Deutschland ist schon früher die Rede gewesen, ehe die Regierung sich endgültig für die Pachtung von Kiautschau entschied.

Die Wahlrechtler

beginnen bereits ihre Maulwurfsarbeit. So erblickt die „Kreuzzeitung“ in dem Umstande, daß die Wahlbewegung und die Wahlbeteiligung diesmal nicht sonderlich lebhaft war, den schlagendsten Beweis dafür, daß das Volk die Verlängerung der Wahlperiode von 3 auf 5 Jahre nicht als einen Eingriff in seine politischen Rechte empfindet und daß das ganze damalige Geschrei der Demokraten über die Verletzung der Volkrechte durch jene Maßregel erfahrungsgemäß, in nichts zusammenfällt. Wenn es nach der „Kreuzzeitung“ ginge, so würde das Volk vermuthlich auch in der völligen Beseitigung seines Wahlrechts keinen Eingriff in seine Rechte erblicken, denn dann würde ja der Wahlkampf nicht nur nicht lebhaft sein, sondern überhaupt ausfallen. Aber so weit sind wir glücklicher Weise noch nicht, und dafür, daß es dahin nicht kommen wird, wird die Socialdemokratie sorgen.

Auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist die Socialdemokratie bürgerlichen Blättern zufolge. Das ist eine nach jedem Wahlkampf beständig wiederkehrende Phrase, auf die einzugehen, sich nicht der Mühe lohnt. Zahlen beweisen, und die Zahlen reden eine deutlichere Sprache als bürgerliche, über ihren Niedergang erlittene Journalisten, die sich über das Ungemach, das sie betreffen, durch Redensarten hinwegzujagen wollen.

Allgemeine Schlüsse auf die politische Stimmung zieht die „Frankf. Ztg.“ aus den Wahlergebnissen:

„Die erste Frage ist die: Wie weit entspricht der Ausfall der Reichstagswahlen der von der Regierung proclamirten Politik der Sammlung und dem, was die Wahlkundgebung des Grafen Rajadowsky unter dieser Politik verstanden wissen wollte? Die Antwort ist nicht schwer zu geben; die fast überall festzustellende Vermehrung der socialdemokratischen Stimmen und die sicher zu erwartende Vermehrung der socialdemokratischen Mandate zeigt, daß die Parole der allgemeinen Sammlung gegen die Socialdemokratie dieser keinen Abbruch, sondern umgekehrt augenscheinlich sogar Vortheil gebracht hat. Man muß sich vergegenwärtigen, in welcher politischen Situation diese Wahlkundgebung veröffentlicht worden ist, wie sich die Regierung immer mehr dem Einfluß des Agrarierthums hingegen hatte, wie allenthalben die Rücksicht der übermächtig geworden und die geringen politischen Rechte des bescheidenen Volkes immer mehr zu beschränken und der wirtschaftlichen Entwicklung hemmende Schranken zu setzen suchten. Die ganze Summe der Unzufriedenheit, die sich hierdurch angehäuft hat, findet ihren berechtigten Ausdruck in der Stimmgewinnung der extremen Oppositionspartei.“

Der Wahlbrief des Grafen Rajadowsky ist, wie nach der „N. P. C.“ in politischen Kreisen erzählt wird, auf den Wunsch des Kaisers geschrieben worden und lange vorbereitet gewesen, bevor er zur Veröffentlichung gelangte. Das „Berl. Tagebl.“ sagt dieser Mitteilung hinzu: „Man wird diesem Gerücht starken Zweifel entgegenzusetzen müssen; andernfalls wären die Commentare der „Nordd. Allg. Ztg.“ vollkommen unverständlich.“

Warum zweifelt das „Berliner Tageblatt“? Wir haben zu diesem Zweifel keinen Anlaß.

„Einem schlimmen Intriguententum“, so schreibt die „Köln. Volksztg.“, hat allem Anschein nach der Brief des Reichskanzlers an den Prinzen Carolath dienen müssen. Man hat den Eindruck, als ob die „Kreuzzeitung“ aber mächtige

Partei“ gegen den Fürsten Hohenlohe, weil er sich nicht in gemäßigtem Maße zu ihrer Verfügung stellt, eine Kabale veranstaltet, um ihn zu beseitigen, wie sie gegen seinen Vorgänger gehebt hat, bis er gestürzt war. Welcher von den Collegen oder Untergebenen des Reichskanzlers hat sich aber dazu hergegeben, diese Intrigue zu unterstützen? Wenn die „Kreuzzeitung“ es für undenkbar hält, daß der Reichskanzler den Brief an den Prinzen Schönau-Carolath schrieb trotz Kenntniß von der Aufstellung eines conservativen Candidaten, denn der „Reichskanzler würde damit die Politik seines Stellvertreters im Reich und in Preußen durchkreuzt haben“, so hört sich das an, schreibt die „Köln. Volksztg.“, als ob die Leitung der Politik im Reich und in Preußen nicht mehr dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten, sondern seinen Stellvertretern gebühre.“ Aus dem Dementi in den „Berl. Pol. Nachr.“ darf man wohl schließen, daß es Herrn v. Miquel zur Zeit durchaus nicht gefiel, als die „autoritative Seite“ der „Kreuzzeitung“'s Forderung zu gelten. Wie es scheint, wird auf das conservativ Hauptorgan in der Driei-Angelegenheit das bekannte Wort Anwendung finden: „Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“.

Ein glückliches Temperament muß Herr Miquel, der Reichskanzler und Wattenfänger, haben; er läßt uns durch seine Prestojalen verstehen, daß er mit dem Resultat der Wahlen „sehr zufrieden“ sei. Nicht bloß zufrieden, sondern „sehr zufrieden“. Battu et content — geschlagen und zufrieden, das gilt dem französischen Sprichwort als der Gipfel christlicher Demuth und Bescheidenheit. Es freut uns wirklich, dem Communistenbündler einmal ein Vergnügen bereitet zu haben.

Fürst Hohenlohe hat die von seiner Frau ererbten russischen Güter für 3 1/2 Millionen Rubel verkauft. Dieser „nothleidende“ Kanzler bedurfte, wie man auch hieraus erhellt, dringend der Erhöhung seines Kanzlergehaltes auf 100,000 Mark!

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Dem Kriegsschauspiel in den westlichen Gewässern liegen wenig Nachrichten vor. Die „Times“ meldet aus New-York, die eigentliche Anbahnung auf Cuba sei endgültig bis zum Herbst verschoben worden. Der Washingtoner Correspondent der New-Yorker „World“ meldet diesem Sinne, die thätige Haltung der Spanier in Santiago habe auf die Befürchtung in Washington einen großen Eindruck gemacht. Man erwarte es als nothwendig, dem General Schuster eine härtere Streitmacht zu geben. Das Kriegsdepartement erwarte die sofortige Einschiffung von 400 weiteren Mannschäften zu.

Die Kämpfe um Santiago werden erst nach Eintreffen der amerikanischen Verstärkungen wieder heftiger entbrennen. Von Santiago wird unser Blatt 16. d. Mts. nach New-York gemeldet, daß die Spanier kein Landvorschießen von der Expedition Schuster dort eingetroffen sei und noch keinerlei Beschluß über die Landung gefaßt wurde, die wahrscheinlich wirklich von Santiago statt finden werde.

Die Langsamkeit in den amerikanischen Kriegsoperationen, insbesondere die garstige unglücklich lange Verzögerung der Abreise von Verstärkungen nach Santiago zeigt, daß in der amerikanischen Generalleitung vieles faul liegt. Dies wird auch von amerikanischen Blättern anerkannt. Einer Depesche der New-Yorker „World“ aus Washington zufolge telegraphirte Admiral Sampson Freitag Nacht an das Kriegsdepartement und fragte dort, wann die Infanteriearmee eintrifft werde. Er schildert die Lage rings um die Stadt als kritisch, die Stadt müsse sofort genommen werden. Es veranlaßt, daß dies sich nicht länger einem unentschiedenen Gemisch im westlichen Cuba miderstehe. Nichtsdestoweniger herrscht die Meinung in den westlichen Kreisen vor, die Folge von Mies langer Operationen und seiner Reibungen mit Mier werden Mies Abzug oder ein nur nominelles Commando der Armee sein. Eine Depesche des „New-York Herald“ zufolge ist das Kriegsdepartement besorgt, daß General Mier nicht etwa von den entlassenen Julein Julein erhalte, und beschließt, wichtige Befehle zu ergreifen um die Stadt zu vertheidigen.

Italien. Das Ministerium Rudini, dessen Ziel zu sein schien, die Reichthümer der Geringung Italiens durch eine vollkommene und brutale Unterdrückungspolitik zu bewahren, ist gestürzt worden. Das Ministerium des Innern, der Volksunterdrückung, des Straßensampfes und der Kriegsverträge hat so sein verabschiedetes Schicksal erlitten. Ein Coadjutor des General-Secretärs Giacardelli ist an seine Stelle treten zu sollen. Auch dieses Cabinet bietet keine Garantie für die Rettung des Königschlosses der italienischen Verfassung und Politik und keine Gewähr dafür, daß dem frechen Vandalismus der Soldaten und der himmelstürmenden Arbeit der Kriegsverträge Halt geboten werde.

Die kaiserlichen Vertreter werden sich in der letzten Sitzung der Deputirtenkammer in Begünstigung für die Armee. Das ist ein höchstes Zeichen für die kommende Entwicklung. Die letzte That des Cabinets Rudini war die Veranlassung des Reichstages General Sanga und des General Sanga, des Schöpfers der Armee in der Senat. Am einflussreichsten liegt die parlamentarische Regierung parlamentarisch verfaßt durch ein Ministerium von Feldmarschällen, einen Senat von Generalen und ein Parlament von Stabskapitänen. Seit der Krieg kam man Zeit zu Zeit Neben über die glänzende Vertheilung und furcht der Feldmarschälle-Minister hier und da vor der Freiheit, die sie fähig zu benutzen seien, kann man das glauben, daß die ganze Verantwortlichkeit einmal im Ganzen der Constitution übergeht.

Wahlresultate.

Das bisherige Ergebnis der Hauptwahlen ist nach dem „Frankf. Ztg.“ folgende: **Republik** 32 Socialdemokraten, 19 Reichspartei, 39 vom Centrum, 7 Antifreimithen, 67 Nationalliberale, 6 Freisinnige Vereinigung, 37 Freisinnige Volkspartei, 9 Deutsche Volkspartei, 8 Mitglieder des Bundes der Landwirthe, 3 Polen, 9 Welfen, 9 Fraktionslose, 1 Bauernbündler. Mindestens 175 Stichwahlen haben stattgefunden, an welchen betheiligte sind außer 90 oder mehr Socialdemokraten 46 Conservative, 19 Reichspartei, 39 vom Centrum, 7 Antifreimithen, 67 Nationalliberale, 6 Freisinnige Vereinigung, 37 Freisinnige Volkspartei, 9 Deutsche Volkspartei, 8 Mitglieder des Bundes der Landwirthe, 3 Polen, 9 Welfen, 9 Fraktionslose, 1 Bauernbündler. Verloren haben die Conservativen die Kreise Erstein, Molsheim, Hanau, Rostock, Schwerin-Wismar, die Reichspartei Erfen, die Freisinnigen etwa 3 bis 4 ihrer bisherigen Sitze. Aus 31 Kreisen liegen noch keine Resultate vor, die National-Sozialen scheinen ganz auszuschneiden.

nächste Legislaturperiode die drei Kreise Reichenbach-Neurode, Wittweida-Rimbach und Straßenburg i. G. falls nicht in Folge der Prüfung dieser Wahlen im Reichstage noch eine Aenderung eintritt.

Ferner sind definitiv gewählt 35 Conservative, darunter Graf Rantz, Graf Stolberg, Homburg, Dertel, von Frege, Prinz Hohenlohe, Graf Herbert Bismard; 7 Mitglieder der Reichspartei, u. A. von Kardorff, Dr. Krenndt; 77 vom Centrum, darunter Graf Ballestrin, Wetscha, Freih. v. Gereemann, Kusargel, Sidel, Gibe, Wagem, Pleber, Minteln, Spaen; 4 Antifreimithen, darunter Werner und Niedermann v. Sonnenberg; 9 Nationalliberale, darunter Fasang, Heyl v. Bernshelm; 2 Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung, ein Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, Schmidt-Eberfeld, 2 vom Bunde der Landwirthe, darunter von Pils, 12 Polen, 1 Däne, 9 Fraktionslose, 1 Bauernbündler.

Verloren haben die Conservativen die Kreise Erstein, Molsheim, Hanau, Rostock, Schwerin-Wismar, die Reichspartei Erfen, die Freisinnigen etwa 3 bis 4 ihrer bisherigen Sitze. Aus 31 Kreisen liegen noch keine Resultate vor, die National-Sozialen scheinen ganz auszuschneiden.

Wahlresultate. Wolff's Telegraphenbureau meldet: Bisher 391 Resultate bekannt. Gewählt sind 39 Conservative, 9 Reichspartei, 85 Centrum, 4 Reformpartei, 9 Nationalliberal, 2 freisinnige Vereinigung, 1 freisinnige Volkspartei, 1 Bund der Landwirthe, 34 Socialdemokraten, 14 Polen, 1 Däne, 9 Fraktionslose, 2 Bauernbündler, 181 Stichwahlen, woran betheiligte: 48 Conservative, 21 Reichspartei, 37 Centrum, 6 Reformpartei, 69 Nationalliberale, 10 freisinnige Vereinigung, 38 freisinnige Volkspartei, 9 deutsche Volkspartei, 8 Bund der Landwirthe, 95 Socialdemokraten, 3 Polen, 9 Welfen, 9 Fraktionslose.

Aus Lübeck schreibt man uns: Sieg auf der ganzen Linie! Das ist für uns das Resultat der Wahlkämpfe am 16. Juni. Die rastlose Arbeit der Wähler-Parteien hat herrliche Früchte getragen. Wohl haben wir als bestimmt vorausgesetzt, daß unser Candidat im ersten Wahlgange seine Gegner schlagen würde, aber ein so großartiges Resultat haben selbst unsere ärgsten Optimisten nicht erwartet. Genosse Schwarz, welcher nun wieder als Reichstagsabgeordneter für Lübeck nach Berlin gehen wird, erreichte 1830 Stimmen mehr als alle seine Mitbewerber. Schwarz erhielt 9729 (1893: 7389; Bape (fr. Bg.) 1706 (Bd. 1893: 7153), Gedhard (natl.) 5233, Louenstein (antl.) 835 (1893: 410) Stimmen. Zersplittert waren 86 Stimmen. Die gewöhnlichen Parteien hatten zuversichtlich geglaubt, eine Stichwahl herbeiführen zu können, und der Umstand, daß sie drei Candidaten aufgestellt hatten, war sicherlich geeignet, dies zu ermöglichen. Um so länger werden die Schritte gewesen sein, als die Ergebnisse bekannt gegeben wurden. Die Arbeiter hatten sich zu Tausenden im Vereinshause eingefunden, und endloser Jubel wurde laut, als die Ergebnisse der einzelnen Bezirke verlesen wurden. Besonders das Landgebiet hat sich dieses Mal über Erwartung glänzend bewährt. Auch das ländliche Proletariat ist Dank dem unermüdlichen Wirken der auf dem Lande seit Jahren thätigen Genossen fast ausnahmslos in unsere Reihen eingeschwenkt. Aber auch die Stadtbezirke haben sich zum Theil prächtig herausgemacht. Die organisierten Arbeiter Lübecks haben gestern gezeigt, was sie leisten können. Eine Freude war es, zu beobachten, wie sie vollständig am frühen Morgen antraten, um das letzte Flugblatt, Bebel's Rede, zu verbreiten und an den Wahllokalen thätig zu sein. Sie Alle haben ihre Pflicht und Schulpflicht im weitesten Maße getan. Trefflich bewährt haben sich auch unsere rabelnden Genossen; sie haben ein schweres Stück Arbeit vollbracht und unschätzbare Dienste geleistet. Intensiv ist gearbeitet worden, die Stämmigen an die Urne zu bringen. Ein großes Aufgebot von Fuhrwerken erleichterte diese Arbeit. Die Wahl hat gelehrt, was Organisation und Agitation zu leisten vermögen! Sie hat aber auch gelehrt, daß das Volk mit dem Stimmzettel zu antworten versteht auf gewisse Dinge, auf welche es im modernen Klassenstaat keine andere Antwort giebt! Das Volk hat eine vernünftige Antwort ertheilt! Ein Stimmengewinn seit 1893 von 2339! So ertheilt das arbeitende Volk seinen Bedrückern Lectionen!

Unser Wahlerfolg in Sachsen. Die „Sächs. Arbeiterztg.“ schreibt: Das sächsische Volk hat gesprochen, die Wahlkreiskammer haben die rechte Antwort bekommen: Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ist auf die Socialdemokratie gefallen.

Bei der Wahl im Jahre 1893 stand das Verhältnis noch wie folgt: 321,781 Stimmen für den gesammten Ordnungsbrei, 270,634 Stimmen für die Socialdemokratie — 51,127 Stimmen war die sogenannte Ordnung noch stärker wie wir. Und diesmal? Um rund 29,000 Stimmen sind wir nach den vorliegenden Zusammenstellungen gestiegen, unsere Stimmzahl beträgt 299,000 rund. Die Stimmen des Ordnungsbreies verminderten sich um fast 41,000; nur noch knapp 251,000 Wähler fanden sich, die an die Heiligheit dieser Ordnung glauben.

Die Mehrheit des sächsischen Volkes ist socialdemokratisch geklärt. Daran ändert kein noch so lärmendes patriotisches Geß etwas.

Um 16,000 Stimmen ist das socialdemokratische Heer stärker wie alle Gegner zusammen genommen. Dabei befinden sich unter diesen Gegnern auch noch die freisinnigen und reformerischen angeblichen Gegner der Wahlrechtsverfechtung. Sie sind nicht viel werth — aber wenn man das Wahlresultat prüft auf die Frage, wie hat das sächsische Volk über die Klassenwahl, über das Selbstwahlrecht entschieden, dann muß man auf die Seite der Gegner dieses sogenannten Wahlrechts auch noch die Stimmen der Freisinnigen, der Reformen und der Anhänger Bismarck stellen. Dann stellt sich die Rechnung so: Für die Klassenwahl 226,000 Wähler, gegen die Klassenwahl 333,000 Wähler. Die übergroße Mehrheit des sächsischen Volkes hat die Klassenwahl gerichtet. Auf die Dauer wird die Mehrheit das Joch der Mindereit nicht tragen.

Aus Württemberg schreibt man der „Leip. Volksztg.“: Angenehm überraschend ist das Wahlergebnis für die Socialdemokratie in ganz Württemberg. In Stuttgart hat der mit äußerster Intensität geführte Kampf um den Sieg auf den ersten Platz eingetragenen. Die verabschiedeten Mittel, die von den Nationalliberalen gegen uns angewandt wurden, haben ihren Zweck erreicht. Man kann sich ungefähr eine Vorstellung von der Kampfkraft der Reichspartei machen, wenn man erfährt, daß unser Candidat Krog in Flugblättern als Ausbeuter bezeichnet und im Wahlkreis des Reiches verbreitet wurde. Krog habe sich in wenigen Jahren ein Vermögen von 76,000 RM erworben. (RM) hat allerdings einen Betrag in dieser Höhe auf seinen Namen auf der Sparkasse stehen. Dieser gehört aber dem Deutschen Polizeiarbeiterverband. Wenn diese Bekämpfungsmethode genützt hat, beweist unser Wahlergebnis.

Die socialdemokratischen Stimmen in Württemberg sind geradezu rasend gewachsen. Sie stiegen von 42,000 im Jahre 1893 auf rund 65,000. Der Zuwachs hat sich vollzogen fast ausschließlich auf Kosten der Volkspartei. Diese besch bisher 11 Mandate; kein einziger hat sie im 1. Wahlgang erhalten. In vier Wahlkreisen (Gammstadt, Eßlingen, Göttingen, Heilbronn), die ihr bisher gebühren, kommt sie nicht einmal in die Stichwahl. In diesen vier Kreisen sind unsere Candidaten an die Stelle der baltischen Parteien getreten, und wir haben gute Aussicht, wenigstens zwei zu erlangen. Die Volkspartei steht in 7 Preisen zur Stichwahl, wird aber von über 11 tausend vier Mandate befehlen. Gewinnen werden einige die Arbeiter.

Das Centrum hat seine Sitze, wie vorausgesehen war, beibehalten, und ist nach in einer Stichwahl.

